

Verfassungsgericht prüft Sozialgesetze

València/Madrid – sk. Die Regierungen in Madrid und Valencia prallen in der Sozialpolitik erneut aufeinander. So hat die konservative Madrider Regierung das Verfassungsgericht angerufen, um das valencianische Gesetz zur Bekämpfung der Energiearmut und das Gesetz über die soziale Funktion der Wohnung zu stoppen. In beiden Fällen, so glaubt Madrid, überschreitet das Bündnis aus Sozialisten und Compromís seine Kompetenzen. Das brachte in Valencia Ministerpräsidenten Ximo Puig und Stellvertreterin Monica Oltra auf die Palme, die ja die Sozialpolitik zum Eckpfeiler der Legislatur gemacht haben. So will die Landesregierung festlegen, dass bei bestimmten Sozialfällen der Strom nicht abgestellt werden darf und regeln, welche Schritte einer Abstellung vorausgehen müssen. Ähnlich beim Gesetz über die soziale Funktion der Wohnung, mit dem die Zwangsräumungen eingedämmt werden sollten.